

Politische Rundschau.

Deutschland.

* Die Ueberseefahrt des Hofslogers vom Neuen Palais nach Berlin wird nach den bisherigen Dispositionen zwischen dem 10. und 12. Januar erfolgen. Das Weihachtsgeschenk wird von dem Kaiserpaar wie alljährlich im Neuen Palais verlebt werden.

* Ueber die weiteren Vorgänge in Kiao-Tschau und die Lage der Verhandlungen mit China beaufsichtigt noch einer Berliner Melbung des offiziösen Hamburker Staatssekretärs v. Bülow dem Reichstag eingehende Mitteilungen zu machen. — Einer Pessinger Drahtmeldung der "Times" zufolge teilte das Chungli-Yamen (Ausswärtige Amt) dem Gouverneur der Provinz Tschau mit: Da China nunmehr die Forderungen Deutschlands bewilligt, habe dieses verprochen, Kiao-Tschau nach einer noch festzulegenden Frist zu räumen. Deutschland erhalte dagegen die Sammabucht in Folien als Kohlenstation. — Die Bestätigung dieser Melbung bleibt abzuwarten.

* Der Bundesrat erteilte in seiner Plenarsitzung am Donnerstag dem Ausschus-Antrag zu der Vorlage bezüglich des Entwurfes von Grundlagen für die Handhabung von Beschlüssen der Gewerbeordnung über den Gewerbebetrieb im Umherziehen, insbesondere über die Ausführung von Kindern, die Zulassung ebenso dem Ausschus-Antrag zu den Entwürfen eines Gesetzes betr. Änderungen des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Strafprozeßordnung sowie eines Gesetzes betr. Änderungen der Strafprozeßordnung und eines zugehörigen Einführungsgesetzes.

* Ueber die jüngsten Personalaänderungen im ausswärtigen Dienst und besonders über die Ernennung des Frhns. v. Nolzenh. zum Gesandten in Bern sind Vermutungen laut geworden, welche der Nordb. Allg. Blg. zufolge der Begründung entstehen.

Fhr. v. Nolzenh. ist sieben Jahre lang Unterstaatssekretär im Ausswärtigen Amt gewesen, und es ist nur natürlich, daß er selbst den Wunsch hatte, wieder im äußeren diplomatischen Dienst thätig zu sein, weshalb ihm der Posten in Bern, der zu unseren wichtigsten Gesandtstellen gehört, übertragen wurde. Von angeblich gut unterrichteter Seite wird den B. R. A. mitgeteilt, daß das Avancement des Herrn von Nolzenh. zum Unterstaatssekretär im Ausswärtigen Amt nicht ganz unerwartet kam. Wichtigstes hat der Geh. Rat Hellwig in letzter Zeit in manchen Beziehungen schon die Kolonial-Abteilung tatsächlich geleitet, so daß Herr von Nolzenh. nach der Rücktritt entlastet war. Man nimmt an, daß der letztere nach außen hin nur so lange noch das Direktorat der Kolonial-Abteilung behält, bis Herr Hellwig zu seinem Nachfolger ernannt worden ist.

* Das Reichsamt des Innern hat dem Reichstage die Rechnungs-Ergebnisse der Verfassungsgenossenschaften pro 1896 zugehen lassen.

* Einen Zoll auf Sacharin durch einen noch in dieser Saison vorzulegenden Gesetzentwurf verlangt ein konservativer Antrag Blöß-Garmer im Reichstag.

* Die Generalsstelle für Wohlfahrtseinrichtungen hat am Mittwoch unter dem Vorsitz des Staatssekretärs a. D. Herzog im neuen Reichstagshause eine längere Sitzung abgehalten.

* Zum Zwecke der Förderung von Handwerker-Kredit-Genossenschaften bereift gegenwärtig im Auftrage der preußischen Staatsregierung der Malermeister Korthaus-Osnabrück die östlichen Provinzen. In Schlesien sind bereits eine größere Anzahl von Handwerker-Kreditgenossenschaften begründet und für einzelne Distrikte Verbandstassen geschaffen worden.

* Die einmaligen Ausgaben im Marineetat für 1898 weisen im ordentlichen Etat außer den zweiten und ferneren Raten für bereits in Angriff genommene Schiffsräume und sonstige Bauten erste Raten von je 2 Mill.

Im Reich der Töne.

2) Novelle von A. v. d. Osten.

(Fortsetzung.)
Also Sie wollen nicht, Sie schicken mich heim mit meinen ungeheuerlichen Maßschlägen," sagte er mit einem Verlust zum Scherz. "Wissen Sie aber auch, Gnädigste, was man sagen wird, aber schon sagt, zu Ihrer Abwehr gegen ein neues Glück, zu Ihrer ausschließlichen Vorliebe für die Mück?"

"Man? Wer ist 'man'?" fragte Wanda, sich stolz aufrechtend, als ahne sie einen sicher treffenden Angriff.

"Man" ist die Welt, in der wir leben, von der wir abhängen," erwiderte der Graf, "auch Sie, Gnädigste — und diese Welt sagt, Ihr Eifer für die Kunst gelte zumeist dem Künstler, die Schülerin lehre nicht um des Lernens, sondern um des Lehrers willen, und eines Tages — doch was ist Ihnen, verehrte Frau?"

Wanda war blaß und rot geworden und rang nach Atem. Der Graf, dies lebendig, fröhlich; er hatte sie getroffen, jetzt konnte er sie besiegen. Seine Stimme nahm rasch einen einschmeichelnden Klang an.

"Nicht wahr, das ist fatal, das hatten Sie nicht bedacht, aber Ihr Gatte that es für Sie, seine Weisheit hatte dies vorausgesehen. Und Sie werden nun seiner Stimme, die noch aus dem Grabe durch Freundschaft zu Ihnen spricht, gehorchen —"

"Genug nun, Herr Graf!" rief Wanda, kaum ihre Fassung bewahrend. "Sie haben Ihre Freundschaft vollkommen erfüllt — vollkommen

Mark auf zum Bau von zwei Linieschiffen, deren Kosten einschließlich der Probefahrten auf je 14 250 000 M. veranschlagt werden; und zum Bau eines großen Kreuzers, dessen Kosten auf 11 600 000 M. veranschlagt werden; ferner eine erste Rate von je 1 Mill. M. zum Bau von zwei kleinen Kreuzern (Gesamtkosten je 3 350 000 M.), sowie erste Raten von je 500 000 M. zum Bau der Kanonenboote "Ersatz Wolf" und "Ersatz Habicht" (Gesamtkosten je 1 250 000 M.); endlich erste Raten von 873 000 M. zum Bau eines Torpedobootes und von 1 800 000 M. zur Herstellung von Torpedobooten. Außerdem sind erste Raten zur artilleristischen und Torpedoorierung der neu zu bauenden oder im Bau befindlichen Schiffe eingestellt. Im außerordentlichen Etat findet sich eine erste Rate von 1 Mill. M. zum Bau eines zweiten großen Trockendocks auf der Werft zu Kiel. Die ganze Summe der einmaligen ordentlichen Ausgaben 56 050 650 M. (gegen 54 206 294 Mark im vorjährigen Etat). Davon gehen ab 26 636 000 (24 820 000) M. Zuschuß des außerordentlichen Etats, so daß die Summe der einmaligen ordentlichen Ausgaben 29 414 650 (29 386 294) M. beträgt. Der außerordentliche Etat beträgt einschließlich des erwähnten Zusammens 29 636 000 (28 708 674) M.

* Zur Reform der Personentarife melden die Berl. Pol. Nachr.: "Die von verschiedenen Seiten in den letzten Tagen verbreiteten Mitteilungen über eine bevorstehende Reform der Personentarife der preuß. Eisenbahnen werden uns von kompetenter Stelle, insoweit diese Mitteilungen tatsächlich Angaben über die geplanten Reformen enthalten, als völlig aus der Luft gegriffen bezeichnet. Richtig ist nur, daß seitens des Reichsstellverhältnisses an die einzelnen Bundesstaaten des Reiches der Vorschlag gerichtet worden ist, wegen einer einheitlichen Gestaltung und Reform der Personentarife in Verhandlung zu treten."

* Die Präsidentenwahl in der bayrischen Abgeordnetenkammer ist zu Gunsten der Liberalen entschieden worden. Diese stellen jetzt den Leiter der Geschäftsführung in der bayrischen Zweiten Kammer seit 1876 wieder zum ersten Male.

Oesterreich-Ungarn.

* Kaiser Franz Joseph spendete 1500 Gulden für die bei den jüngsten Strafemurzeln in Prag verwundeten Unteroffiziere und Mannschaften.

* Es soll die Absicht bestehen, eine Umgestaltung des Kabinetts Gauthier vorzunehmen, so daß 2 Polen, 2 Tschechen und zwei Deutsche hineinkommen. Ferner soll der Statthalter von Böhmen durch einen General ersetzt werden.

* Die Verhandlungen der österreichischen Regierung mit den Parteien sind jetzt ganz abgebrochen. Der Abruch erfolgte, weil die Tschechen sich weigerten, irgend ein weiteres Zugeständnis an die Deutschen zu machen. Die meisten deutschböhmischen Abgeordneten sind nach Hause gereist. Aufsallenderweise sieht das offiziöse Wiener "Fremdenblatt" die Lage recht hoffnungsvoll an, stellt eine Annäherung der Parteien in wichtigen Punkten fest und hofft auf die schließlich Beilegung des Streites. Seitens der Linken wurde eine Erklärung ausgegeben, in welcher es heißt, daß die seit dem Amtsantritt des Ministerpräsidenten Frhns. v. Gauthier zwischen diesem und den Parteien der Linken geführten Unterhandlungen vorläufig zu seinem Ergebnis geführt haben.

Frankreich.

* Die Interpellation Scheurer-Kestner hat, wenngleich sie die Erwartungen der sensationslüsternen Presse keineswegs erfüllte, doch ein positives Resultat zu Tage gefördert: eine allgemeine Beschwichtigung der durch die leidenschaftlichen Preßproblemata angewichselten Bevölkerung. Diejenigen, die den Sitzungsbericht nach dem "Journal officiel" und nicht nach den mehr oder minder vollständigen Mitteilungen der Tagesblätter lesen werden — und deren Zahl ist eine sehr große — müssen zu der Einsicht gelangen, daß die Interpellation Scheurer-Kestner keineswegs lächerlich, über-

flüssig oder gar läppisch gewesen war, wie gewisse Blätter behaupten, sondern im Gegenteil das Feld der Diskussionen von einer Menge nebensächlicher und aufregender Umstände befreit hat.

* In Konstantinopel fürchtet man sich wieder vor den Revolutionären. Wie schon mitgeteilt, hat das jungtürkische Komitee bekannt gemacht, daß es seine Thätigkeit wieder aufnehme, nachdem die ihm von der Regierung gemachten Versprechungen unerfüllt geblieben seien. Auch die armenischen Revolutionäre haben ein Lebenszeichen gegeben. Der Unterstaatssekretär des Außen Artin Pascha erhält aus Paris einen Drohbrief mit der Unterschrift "Das Komitee in Konstantinopel". Artin Pascha wird in dem Briefe vorgeworfen, die Aktion zur Auflösung des Komitees unternommen und sich dabei der Mithilfe des Patriarchen bedient zu haben. Der Brief schließt: "Wir werden unsere Feinde zu vernichten wissen." — Artin Pascha ist selbst Armenier.

Amerika.

* Zur Hawaii-Frage hat sich, wie aus San Francisco gemeldet wird, der dort einzetroffene japanische Gesandte dahin geführt, daß Japan entschieden gegen die Union Hawaii durch die Ver. Staaten sei und daß erste Wirkung zu erwarten seien, falls die Amerikaner die Insel nähmen, ohne Vorsorge für die Interessen Japans zu treffen. Japan werde auf seinen Ansprüchen bestehen. Die Beziehungen zwischen ihm und den Beamten in Washington seien übrigens nie gespannt gewesen.

Aus dem Reichstage.

Die erste Beratung des Flottengesetzes wurde am Donnerstag beendet und die Vorlage an die Protokollkommission verweisen. Die Abg. Hammacher (nat.-lib.) und Zimmermann (Antif.) legten wohlwollende Prüfung in der Kommission zu; die Abg. Galler (Süd. Po.) und Molkenbuhr (soz.) vertraten jedoch, der Abg. Hilpert (bayr. Bauern) machte finanzielle Bedenken geltend, Abg. Graf Stolberg (ton.) empfahl vertrauliche Annahme der Vorlage. Es gelangte noch eine Interpellation des Abg. Baßermann (nat.-lib.) zur Verhandlung, betr. die auf Monopolisierung des Petroleums gerichteten Bestrebungen der Standard Oil Company. Staatssekretär Graf Posadowsky stellte zollpolitische und andere Maßnahmen in Aussicht, falls eine Preissteigerung des Petroleums eintreten sollte.

Am 10. d. wird zunächst in die Besprechung der Interpellation Baßermann betr. den deutschen Petroleumhandel eingetreten.

Abg. Barth (fr. Bgg.): Die Verträge, welche die Bremen-Mannheimer Gesellschaft abgeschlossen hat, haben große Ähnlichkeit mit den Machenschaften des Kohlen- und anderer derartigen Syndikate. Die Kartelle sind eine Folge unseres gefannten protektionistischen Systems und dienen ebenso wie dies ganzes System, den Produzenten dazu, die Konsumen auszubauen. In dem vorliegenden Falle hat allerdings die Öl-Company, die meisterhaft geleitet ist, es verstanden, die Konsumen durch niedrige Preise bei guter Laune zu erhalten. Gerade Deutschland ist für die Öl-Company ein ungeheuer wichtiges Absatzgebiet, weil die in Deutschland verbrauchte Petroleumföre in Amerika selber und in England nicht marktfähig ist. Die Gesellschaft wird sich daher auch wohl hüten, Deutschland schlecht zu behandeln. Fördert man die schwache Pure-Oil-Company, so würde dies vielleicht ein Antrieb für die Standard Company sein, die Konkurrenz zu unterdrücken. Gerade die früheren Konkurrenten in Mannheim und Bremen haben die Kontrakte ausgehekt, die jetzt so böses Blut machen. Würden wir zu Gunsten des russischen Oels das amerikanische durch Zoll erhöhung oder sonstwie benachteiligen, so würden wir damit doch nur unseren Konsumen das Petroleum verteuern. Für dergleichen sind meine Freunde und ich nicht zu haben.

Abg. Hölv. Herrsheim (nat.-lib.): legt dar, daß das von dem Vorredner bemängelte Kohlen-Syndikat doch auch von großem Nutzen gewesen sei, wie überhaupt das schützpolnische System Redner empfiehlt, sodann Differenzierung des Zolls auf Kohle einen niedrigeren Zoll als auf raffiniertes Öl. Es sei durchaus an der Zeit, den Anschaffungen der Ver. Staaten mit derjenigen Energie entgegenzutreten, welche das Reich neuerdings in verschiedenen anderen Richtungen beschäftigt habe.

Abg. Spahn (Zentr.): führt aus, es liege gegenüber der Mannheim-Bremer Gesellschaft, die

doch auch eine deutsche sei, gar kein Grund zu so großen Befürchtungen vor. Der Petroleumpreis sei ja auch bis in die Gegenwart hinein niedrig geblieben.

Abg. Dr. Hahn (wildkons.) hält die wachsende Macht des Standard Oil Trust für überaus gefährlich. Die amerikanischen Ausbeuterkompanien warten nur darauf, bis die Konkurrenz abgeschlagen sei.

Staatssekretär Graf Posadowsky erklärt, daß Spezialtarife für russisches Petroleum eingeführt würden, und daß eine Vereinigung zwischen den Beigremi amerikanischer und russischer Petroleumquellen nicht zu stande gekommen sei.

Abg. Fischer (fr. Bg.) befürchtet von allen zu ergreifenden Maßnahmen eine Schädigung der Verbraucher.

Abg. Schippel (soz.) meint, die Regierung müsse ein gutes Gewissen haben, wenn sie gegen ausländische Trusts vorgehen wolle. Das könne sie nicht, so lange sie im Inlande Kohlenabbau und Karriere habe.

Nach kurzen weiteren Bemerkungen der Abg. Hahn und Barth schließt die Besprechung.

Es folgt die erste Etatsberatung.

Staatssekretär Frhr. v. Thielmann gibt zunächst die übliche Übersicht über Einnahmen und Ausgaben des abgelaufenen Rechnungsjahres 1898/99 und hebt das Betreiben der Regierung hervor, die Überschüsse des einen Jahres nicht auf das nächste Jahr zu bringen, sondern zur Schuldenentlastung zu verwenden. Das Schätzungsresultat für 1897/98 reichte sich nach den ersten sechs Monaten. Vorabschließlich werde man Winderlösen beibehalten, beim Ausswärtigen Amt, beim Reichsamt des Innern und beim Militär-Etat (von 11 Mill.), die sich bei letzterem aus Ersparnissen in der Verfestigung herleiteten, erzielen. Gegenüber würden Ersparnisse bei den Unterkünften, die noch nicht vollständig begeben seien, gemacht werden. Mehr-Einnahmen würden im ganzen 10 Mill. gemacht werden. Im ganzen würden die Mehr-Einnahmen mit Hinzurechnung von Winderlösen sich auf 20 Mill. belaufen. Aus den Zöllen und Verbrauchssteuern würden sich volle 70 Mill. über den Etatsanschlag ergeben. Da sich ein Stillstand auf dem Gebiete von Handel und Verkehr nicht bemerkbar mache, habe man die begründete Hoffnung, daß die Steuerung nach den ersten 6 Monaten fortdueren werde. Aus Voricht werde man indes zunächst nicht 40, sondern nur 32 Mill. zur Schuldenentlastung einstellen. Im ganzen werde man auf Grund der erhöhten Einnahmen von Zöllen und Verbrauchssteuern, die die Matrizableitbeiträge um 35 Mill. übersteigen, 40 Mill. zur Schuldenentlastung verwenden und 13 Mill. an die Einzelstaaten abführen können. Der Etat von 1898/99 enthalte eine Gesamt-Bernehmung um 65 Millionen in den Ausgaben und 36 Millionen im ordentlichen Etat, zusammen also 101 Millionen. Darin seien zwei starke Posten für Artilleriematerial und für das warme Abendbrot der Heeresmannschaft. Zu erwähnen seien die Mehrausgaben für die Natursteinreserve. Die Mehrforderungen bei der Marine seien zu übergehen, da sie an anderer Stelle zu beraten seien. Eine Änderung im Remunerationswesen sei dahin erfolgt, daß die Remunerationen für die höheren Beamten in Bezug für die übrigen, entsprechend der Gehaltsanhebung, gestuft werden. Der Zuckertaxe sei im kommenden Jahr um 7½ Millionen höher als im laufenden angenommen. Kleinere Winderlösgaben würden mehr als ausgeglichen durch die Mehreinnahmen bei den Eisenbahnen (fünfzehn Millionen) im Post- und Banken-Etat. Der gesamte außerordentliche Etat bleibe um 34 Millionen gegenüber dem gegenwärtigen zurück. Günstig sei auch der Stand der Reichsschäf, die seit zwei Jahren keine Schätzanweisungen habe ausgeben brauchen. Dasselbe hoffe man von der Zukunft. Der vorliegende Etat werde hoffentlich derselben wohlwollenden und gründlichen Beratung wie der vorjährige unterzogen werden.

Von Nah und Fern.

Kottbus. Der Vorstand der Invaliditäts- und Altersversicherungs-Anstalt der Provinz Brandenburg hat einstimmig beschlossen, eine Heimschule für lungentranke Frauen zu 80 bis 100 Betten bei Kottbus zu erbauen. Es wurden hierzu 500 000 M. bewilligt. Der Magistrat von Kottbus gibt 40 Morgen Grund und Boden unentgeltlich dazu her. Nach Gutachten der Sachverständigen ist die Lage dort sehr günstig.

Pinne. Auf dem hiesigen evangelischen Kirchhof wurden nachts 53 Kreuze und Denkmäler zerbrochen und umgestürzt, so daß ein Teil des Kirchhofes ein schreckliches Bild der Verwüstung darbietet. Von den Thätern fehlt jede Spur.

Nachdem der Graf gegangen war, stand Wanda eine Minute still und horchte erleichtert auf seinen verhallenden Schritt. Dann eilte sie durch den Musiksaal und rief mit lauter Stimme: "Tante Nesi!"

Sogleich hörte sich die gegenüberliegende Thür zu Wandas Boudoir, und auf der Schwelle erschien eine kleine ältere Dame in beschleinem schwarzen Seidenkleide, grauen Locken um ein freundliches faltiges Kindergesicht und lächelnden unschuldigen Augen. Sie trippelte auf Wanda zu und sagte:

"Nun? Das war ja eine lange Unterredung, Wanda, hat er dir denn — ? du verstehst schon!"

"Dazu ist er gar nicht gekommen, Tante Nesi," antwortete Wanda halb lachend, halb ernst und erzählte wahrscheinlich ihr Gespräch mit dem Grafen. Bei dem letzten Teil röten sich ihre Wangen, und ihre Lippen zitterten. "Man ist niemals vor Verleumdung sicher, Tante Nesi."

"Was so einer davon versteht!" erwiderte Tante Nesi verächtlich. "Tröste dich, Kindchen, wenn du erst eine berühmte Künstlerin bist, müssen sie alle schwigen. Ich diente, während gleich ein und sieben nach einer Stunde krank."

"Nicht so hitzig, Tante Nesi," Wanda lächelte schwach. "Ich — was wir gestern abend besprochen haben — ich möchte es mir doch noch einmal überlegen."

"Du bist doch nicht anderen Simes geworden?" rief Tante Nesi erschrocken.